

Dresdener Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Am 14. November
zur Stadtverordnetenwahl
hat die SPD. Liste 1

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der 21

Abrechnung des Reichshaushalts für 1926 mit den in der Reichsrechnung für 1926 enthaltenen Einnahmen und Ausgaben. Die Abrechnung ist in 10 Hefen zu je 100 Seiten in 10 Bänden erschienen. Preis 10 Mk. Einzelhefte 1 Mk.

Schriftleitung: Wettinerplatz 16, Fernsprecher Nr. 2591. Handschriftlich nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsleitung: Wettinerplatz 16, Fernsprecher Nr. 2591 und 12707. Geschäftszeiten von 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Abrechnung des Reichshaushalts für 1926 mit den in der Reichsrechnung für 1926 enthaltenen Einnahmen und Ausgaben. Die Abrechnung ist in 10 Hefen zu je 100 Seiten in 10 Bänden erschienen. Preis 10 Mk. Einzelhefte 1 Mk.

Nr. 262

Dresden, Mittwoch den 10. November 1926

37. Jahrg.

Schmachvolles Spiel mit den Erwerbslosen

Der sozialdemokratische Antrag auf 30 Prozent Erhöhung angenommen — Deutschnationale Zustimmung nur taktisches Manöver — Deshalb lehnt die Regierung den Reichstagsbeschluss ab — Es bleibt bei 15 Prozent

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Die Montagssitzung des Reichstages ging nach bewegtem Verlauf unklar und verworren zu Ende. Nach dem Auszug der Minister aus dem Saal, Ausmarsch der Regierungsparteien, um das Haus beschließen zu machen. Namentliche Abstimmungen, Anschließungen. Immer wieder werden die Regierungsparteien überstimmt und am Ende schwirren Gerüchte über Regierungsverluste durch den Saal und die Wandelhallen. Wie ist das alles gekommen?

Die Schlussabstimmungen der Verbesserungen für die Erwerbslosenfürsorge stehen auf der Tagesordnung. Noch einmal lassen die Sozialdemokraten durch Siebel und Frau Witte Schroeder ihre Forderungen zugunsten der Erwerbslosen, insbesondere auch der Jugendlichen, begründen. Noch einmal sprechen auch die Kommunisten. Die bürgerlichen Parteien hüllen sich in Schweigen. Nun folgt die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag, der im Gegensatz zu den 15 und 10 Prozent, die von den Regierungsparteien bewilligt werden, den Hauptunterstützungsbeträgen 30 vom Hundert mehr bewilligen und die Familienzuschläge um 20 Prozent erhöhen will. Spannung im Saale. Werden die Deutschnationalen, denen selbst diese Erhöhungen viel zu weit gehen, ihre Sozialpolitik fortsetzen? Triumphierend schwingen die Namen im Westarr weisse Karten. Sie stimmen also für den sozialdemokratischen Antrag. Er wird mit 205 gegen 141 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen. Große Zensur im Saale. Vorkitzung bei den Regierungsparteien, Aufregung auf der Regierungsbank. Graf Westarp geht einige Stufen zur Rednertribüne hinaus und schmettert eine Erklärung in den Saal. Frech wie er ist, gesteht er zu, die Deutschnationalen hätten nicht daran, im Ernst eine solche Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge zu befürworten. Sie hätten nur für den sozialdemokratischen Antrag gestimmt, um zu sehen, ob die Sozialdemokratie, der es gar nicht ernst sei mit diesen Anträgen, die parlamentarischen Folgen tragen werde. Bei der Schlussabstimmung würden sich die Deutschnationalen der Stimme enthalten. Wo das klare Bekenntnis, daß Millionen Erwerbslose den Deutschnationalen nichts anderes sind als eine willenslose Herde von Menschen, gerade gut genug, um dem Parteiführer der Deutschnationalen und ihrer Schar zu dienen, durch einen Sturz der Regierung Marx in die Reichsregierung zu gelangen.

Die Strafe für die Junkerfrechheit folgte aber sofort. Der Sozialdemokrat Hoch erwiderte dem Grafen, wie ernst es den Sozialdemokraten mit der Feststellung sei, wer für die notwendige Verbesserung der Erwerbslosen eintrete und wer nicht, beweise unser Antrag auf namentliche Abstimmung. Ein solcher Antrag sei allein von den Sozialdemokraten gestellt. Der Präsident unterstreicht diese Feststellung und beehrt unter großen Hallo des Saales den Grafen Westarp dahin, daß durch Annahme des sozialdemokratischen Antrages die Anforderung an die Regierung, die Erwerbslosenfürsorge entsprechend zu erhöhen, endgültig sei und keine Schlussabstimmung statifände. Die Schließung der Deutschnationalen, sich bei einer Schlussabstimmung doch noch zu drücken, ist also mißlungen.

Nun bestieg von den Regierungsparteien ein Redner nach dem andern die Tribüne, um mit Worten voller Entschiedenheit das Verhalten der Deutschnationalen, die eine Armee mit Millionen hungernder Volksgenossen treiben, zu kennzeichnen. Zwischendurch gibt unter großer Spannung der Reichsarbeitsminister namens der noch im Saale anwesenden Minister die Erklärung ab, er glaube nicht, daß die Reichsregierung den Beschlüssen des Reichstages beitreten könne. Kräftige Zustimmung legt sich nach dieser hochpolitischen Erklärung auf die Versammlung. Die Regierungsparteien haben die Partie dadurch zu retten, daß sie auf idyllischen Abbruch der Sitzung drängen. Ein Verleumdungsartikler schreit infolge Stimmengleichheit. Ein Antrag auf Zurückverweisung an den Ausschuss wird im Zusammenhang abgelehnt. Die Deutschnationalen haben allerdings inzwischen schon an 21 verloren. Sie enthalten sich bei offenen Abstimmungen. Inzwischen steigt die Erregung im Saale und insbesondere bei den Regierungsparteien auf einen Höhepunkt. Unter erbitterten Rufen verlassen die Deutsche Volkspartei, die Bayerische Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten, bis auf wenige Horspöten, den Saal, um das Haus beschließen zu machen. Das gelingt ihnen. Die Sitzung wird abgebrochen.

In einer eine Viertelstunde später stattfindenden neuen Sitzung werden nur noch die auf der Tagesordnung stehenden ersten Paragraphen der Handelsverträge debattiert erledigt. Bei der Schließung der Tagesordnung für die Dienstagssitzung dringt mit sozialdemokratischer Unterstützung die kommunistische und bolschewistische Anregung durch, die am Montag unerledigt gebliebenen Anträge zur Erwerbs-

losenfürsorge auf die Dienstag-Tagesordnung zu bringen. — Wenn sachlich betrachtet, liegt die Annahme des sozialdemokratischen Antrages zur Erwerbslosenfürsorge durch den Reichstag vor. Dieser Beschluss wird in seinen Auswirkungen nicht dadurch gemindert, daß die Deutschnationalen nur aus Neugierde und aus Unkenntnis der Geschäftsordnung für ihn gestimmt haben. Die sozialdemokratische Fraktion wird die Durchführung dieses Beschlusses verlangen und die Regierung auffordern, eine entsprechende Finanzverlegrage zu machen, wenn ihr die notwendigen Mittel nicht zur Verfügung stehen sollten.

Die zweite Reichstagsitzung Abrechnung mit den Hohenzollern

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Auch die Reichstagsitzung des Dienstags brachte deutliche Anzeichen der ungelösten innerpolitischen Spannung und verwirrte die parteipolitischen Linien bei den Bestimmungen zu den sonderbarsten Gruppierungen. Es ging um den vorläufigen Abschluss des Kampfes um die Erwerbslosenfürsorge, und im zweiten Teil der Sitzung um eine hochpolitische Aussprache zu dem Nachtrag des Haushaltsplans.

Die Beratungen der Erwerbslosenfürsorge konnte in diesem Stadium keine Heberausungen mehr bieten. Der Reichsarbeitsminister verkündete, daß die Reichstagsabrechnung angenommenen sozialdemokratischen Antrag nur eine Erhöhung von 10 bis 15 vom Hundert der jetzigen Sätze bringt, in Kraft gesetzt worden sei. Die Kommunisten hatten gegenüber dieser Haltung der Regierung nur je ein Mißtrauensvotum gegen den Arbeitsminister Prans und die Reichsregierung bereilligen. Daß mit diesem bedruckten Blatt Papier den Erwerbslosen nicht gedient werden kann, ist klar. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, Müller, Franken, erklärte den Kommunisten, daß die Sozialdemokratie selbst bestimmen werde, zu welchem Zeitpunkt sie der Reichsregierung ein Mißtrauen ausspreche. Sachlich aber kündigte er mit Worten voll Entschiedenheit, die starken Eindruck auf den Reichstag machen, an, daß die sozialdemokratische Fraktion sofort einen neuen Vorschlag zugunsten der von uns geforderten Erhöhungen der Erwerbslosenfürsorge unternehmen werde. Diese Ankündigung erhielt besonderes Gewicht durch die Tatsache, daß der sozialdemokratische Führer gleichzeitig auch die Frage beantwortete, wo die Mittel für unsere Forderung hergenommen werden sollen, die Vorkriegsgewinner sollen für die Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge zahlen.

Wenn die sozialdemokratische Fraktion beantragt, daß die Anfang Mai vorgenommene Ermäßigung der Vorkriegs-

umsatzsteuer sofort aufgehoben wird, so wird diese Forderung durch die mühseligen Gewinne an den deutschen Börsen hinreichend unterstügt. Nach dem Börsenindex der Frankfurter Zeitung ergibt sich, wenn man den Stand vom 2. Januar 1926 gleich 100 setzt, die Entwicklung, daß der Index am 1. Mai 144,5, am 2. Oktober 205,8 und am 6. November 230,5 gewesen ist. Gerade nach der Ermäßigung der Vorkriegssteuer ist die stärkste Kurssteigerung eingetreten. Wie leicht die Börsenwörter die frühere höhere Umsatzsteuer zahlen können, beweist folgendes Beispiel: Wenn jemand am 2. Januar für 6000 Mark nominell Darmstädter Nationalbank zum Kurse von 27,25 verkaufte, so hat er unter Berücksichtigung der Unkosten einen tatsächlichen Gewinn von 977,90 Mark erzielt. Ohne die Ermäßigung der Vorkriegssteuer würde der Gewinn „nur“ 973,15 Mark betragen. Diese lärmige Differenz von 4,75 Mark kann der Börsengewinner mit Reichslosigkeit zugunsten der Erwerbslosen abliefern. Die Vorkriegssteuer muß also hinauf, damit die Renten der Erwerbslosen nach unserer Forderung erhöht werden können.

Die Beratung des Nachtrags zum Haushaltsplan wurde mit einem finanzpolitischen Vortrage des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold eröffnet. Der Minister, dessen fast jugendliche Erscheinung kaum über das Rednerpult hinausragt, erwies sich wieder als sehr geschickter und vorzüglicher Sprecher. Seine Rede gipfelte in der Feststellung, daß der Reichshaushalt hart an einem Geldebetrag entlang gehe, jedoch nicht im entferntesten die düsteren Prophezeungen der Deutschnationalen, die sogar von einem Staatsbankrott gesprochen hätten, in Erfüllung gingen. Weiterkeit gab es, als der Minister von den Deutschnationalen, so viel Anstand voraussetzte, daß sie ihre feinerzeitigen falschen Behauptungen nun zurücknehmen würden.

Die politische Fanfare des Tages war die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Saenger. Dieser ausgezeichnete Sprecher wußte die schon ermüdeten Fraktionen zur Aufmerksamkeit zu zwingen. Große Teile seiner stoffreichen Rede galten der Charakteristik der Monarchie und ihres letzten Vertreters Wilhelm II. Ein paar mal stürzten sich die Deutschnationalen durch Pfuirufe in Aufregung, aber es zeigte sich, daß ihr Redner, von Lindemer, Wildan, so lebhaft er auch gegen Saenger polemisierte, weder ein Wort für den verflochtenen Kaiser noch für den „Zigaretten-Oskar“, noch für den alternden Sportler aus Dels zu finden wußte. Ein Aufhören ging durch das Haus, als Saenger von dem Reichswehrminister sagte, daß um diesen Mann Skandal über Skandal sich häufe. Dieses Wort ist der Ausdruck einer Stimmung, die weit über die Kreise unserer Partei hinaus wächst und wächst. Wir glauben, daß dieser Volksorn über ein verlogenes, korruptes und blutbedecktes System bald zu einer parlamentarischen Entladung drängen muß.

Das sächsische Regierungsproblem

Sozialdemokratie und Regierungsbildung

Am Montag fand eine gemeinsame Sitzung der Landesinstanzen der sozialdemokratischen Partei und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion statt, in der folgendes beschlossen wurde:

Die Sozialdemokratische Partei bekundet ihren ersten Willen, den Versuch zur Bildung einer sozialdemokratischen Regierung zu machen und wird als die stärkste Partei des Landtages die Initiative ergreifen, indem sie ein Regierungsprogramm aufstellen und einen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten vorschlagen wird. Die Sozialdemokratische Partei fordert die sofortige Einberufung des Landtages, sobald das amtliche Wahlergebnis feststeht.

Der umgeschwenkte Kämpfer

Wette gegen Nietzsche

Wie wir bereits mehrfach geschrieben, erklärte der Kämpfer, das sächsische Kommunistenorgan, unmittelbar nach der Wahl, die SPD. würde unter keinen Umständen dulden, daß die Sozialdemokratie in die Opposition gehe. Daraus mußte man schließen, daß die Kommunisten zunächst das Zustandekommen einer sozialdemokratischen Ministerregierung ermöglichen wollten. Die Note habe bei jedoch gerade das Gegenteil von dem geschehen, was der Kämpfer erwartete, und inzwischen lautet auch die Redaktion des Kämpfers einen gehörigen Wustel bekommen zu haben. Jedenfalls ist nun der Kämpfer umgeschwenkt, er befehlt nun seine bewährten Leser darauf, daß gerade das Gegenteil von dem richtig sei, was er vor acht Tagen als der vortänzelnde Reiter höchsten Sinnes verkündete. Für acht Tagen eine Schimpfkanonade gegen die Sozialdemokratie, weil sie in die Opposition gehen wollte, ist eine Zusammenfassung, was für die linken Axtbeißer des Kämpfers, in die Regierung zu kommen! Allen Respekt vor

der Fixigkeit der Kämpfer-Redaktion. Der Kämpfer erklärt jetzt ebenso wie die Note Fahne, daß die Kommunisten eine sozialistische Ministerregierung, die auf die SPD. angewiesen ist, nicht unterliegen würden, und dann folgt natürlich das übliche Gerede von dem außerparlamentarischen Kampf. Der Kämpfer jenseit unter anderem:

„Die Herrschaften werden auch jetzt gestellt: die werltätige Bevölkerung hat sich gegen Bürgerblut und Diktatorregierung entschieden; es gibt zwar keine Mehrheit für SPD. und KPD.; so bleibt die klare, von parlamentarischen Manövern freie Verfassung, die Forderungen der Werktätigen außerhalb des Parlaments, gegen die Mehrheit des Parlaments durchzusetzen.“

Daß sich aus dieser Stellungnahme der SPD. langwierige Regierungsdiskussionen entwickeln können, daß der Parlamentarismus diskreditiert wird — kann der außerparlamentarischen Aufregung und Organisierung der Massen nur nutzen!

Vorsichtigerweise unterläßt es der Kämpfer, näher zu gehen, wie denn dieser außerparlamentarische Kampf aussehen soll. Was bleibt dem Kämpfer auch anderes übrig? Man weiß in der Redaktion dieses Blattes ganz gut, daß es bei der gegenwärtigen Nachkriegslage in Deutschland außerparlamentarische Mittel zur Lösung des sächsischen Problems nicht gibt. Aber die Kommunisten wollen offenbar wieder einmal der Reaktion den Strohbügel halten und müssen deshalb verstanden, wennstens die eigenen Leute darüber hinwegzuläusen, welsch gemeinschaftliches Spiel gespielt wird. Deswegen das Gerede von der Diskreditierung des Parlaments und den außerparlamentarischen Aktionen, die alles den bringen sollen.

In einem längeren Artikel, der durch die Stillsetzung seines Stills auffällt, beschäftigt sich auch die Sächsische Staatszeitung des Herrn Veltke mit der Krise der Regierungsbildung. Dabei geht das Wort alle Möglichkeiten der Regierungsbildung durch und gibt der Meinung Ausdruck, daß wahrscheinlich weder eine Linkregierung noch eine Regierung der Großen Koalition zustande kommen würde. Dann be-